

# fraktion intern\*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

NR. 04 · 30.05.2011

## \*Inhalt

---

- 02 Sozialdemokratische Antworten zur Rettung der Eurozone
- 03 Editorial
- 04 SPD fordert neuen Krippengipfel
- 05 Mindestlohn entlastet den Haushalt
- 05 Mitbestimmungsgesetze schützen
- 06 Ausgewogenes Verfassungsgerichtsurteil zur Sicherungsverwahrung
- 06 Den Missbrauch der Marktmacht im Lebensmitteleinzelhandel bekämpfen
- 07 Gentests an Embryonen zulassen oder verbieten?

### Thema: Zukunftsprogramm für Deutschland

- 08 SPD-Fraktion erarbeitet Modernisierungskonzepte

### Thema: Energiepolitik

- 10 Energiewende – jetzt doch oder tricket die schwarz-gelbe-Koalition weiter?
- 12 CCS – kein zentraler Klimaschutzbeitrag
- 12 Vorbild Europa für weltweite Klimaschutzziele
- 13 Schwarz-gelbes Versagen in der maritimen Politik
- 14 Den Straßenverkehr sicherer machen
- 14 SPD fordert neuen Infrastrukturkonsens
- 15 Potenziale des Alters stärken
- 15 Anerkennung der Staatlichkeit Palästinas
- 16 Verschiedenes

# Sozialdemokratische Antworten zur Rettung der Eurozone

---

**Für Solidarität brauchen wir Mut. Die Rettung des Euro ist allerdings weit mehr als ein Akt der Nächstenliebe. Die Rückkehr zu nationalen Währungen ginge mit einer massiven Verteuerung der deutschen Exporte einher, denn mit der Abwertung der anderen Währungen würde die D-Mark aufgewertet. Wechselkursrisiken führten zu weniger Handel. Aber rund 60 Prozent unserer Exporte gehen in die EU. Lassen wir also die Eurozone zerbrechen, werden die deutschen Beschäftigten durch Arbeitsplatzabbau die Hauptleidtragenden sein. Griechenland wäre durch die Abwertung und damit die Schwächung seiner Währung noch viel weniger in der Lage, seine Auslandsschulden in Fremdwährung zurück zu zahlen – auch nicht die an Deutschland. Mit der Rettung der Eurozone fördern wir Wachstum in allen Ländern und sichern Beschäftigung und Wohlstand.**

## Ursachen und Krisenmanagement

Das konservative Krisenmanagement hat die Krise nicht bremsen können. Am Beispiel Griechenland müssen wir miterleben, dass die Schulden, die im Zuge der Finanzkrise in die Höhe geschossen sind, weiter ansteigen. Und auch Irland und Portugal sind in Not geraten – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Natürlich erwarten wir in Griechenland das Ende der Schludrigkeit. Kein Staat kann funktionieren, wenn Steuern nicht erhoben werden. Die Kanzlerin hat aus Wahltaktik eine funktionierende Lösung verschleppt. Aus Ermangelung einer durchdachten Strategie werden uns nun Aufstockungen oder weitere Fonds vorgeschlagen. Die Finanzmärkte beeindruckt das nicht. Unsere Kritik lautete von Anfang an: Die Ursachen der Krise müssen endlich beseitigt werden. Die einseitigen Sparkonzepte zu Lasten von Arbeitnehmern, Rentnern und sozialer Infrastruktur sind falsch. Nachhaltige Haushaltsführung ja, aber dafür ist wirtschaftliches Wachstum zwingend erforderlich. In Griechenland und Portugal mühen sich unsere Schwesterparteien darum, die Haushalte zu konsolidieren und verdienen hierfür Solidarität.

## Unsere Antwort für die Beschäftigten in Europa

1. Zum Funktionieren einer Währungsunion müssen die Leistungsbilanzen ausgeglichen sein. Deshalb sind die Ungleichgewichte symmetrisch abzubauen. Es muss endlich Schluss sein mit der Lohnzurückhaltung insbesondere in Deutschland! In den notleidenden Ländern müssen sich die Löhne und Gehälter an Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit orientieren.
2. Zwingend ist eine Banken- und Finanzmarktregulierung. Wir fordern die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer zur Eindämmung von Spekulationen. Wir brauchen mehr als Gläubigerbeteiligung: Mit der Rettung von un-

terkapitalisierten Banken durch Staatsgarantien muss Schluss sein. Wer ein hohes Risiko eingeht, muss auch dafür haften! Es kann nicht angehen, dass der Staat die Zeche zahlt. Als Gegengewicht zu privaten Ratingagenturen, die mit ihren Bewertungen über die Zukunft von Staaten urteilen, muss eine europäische Ratingagentur installiert werden, die die Bonität von Ländern bewertet.

3. Eurobonds gehören ebenso zur Lösung. Einerseits profitieren durch teilweise Gemeinschaftshaftung alle Länder von den insgesamt niedrigeren Zinsen. Auf der anderen Seite bleibt der Reformdruck auf verschuldete Staaten durch die weiter existierenden nationalen Anleihen bestehen. Sicher werden durch Eurobonds Aufschläge für Bundesanleihen fällig, diese werden aber letztlich günstiger sein als ein Zusammenbruch der Währungsunion bzw. ständig neue finanzielle Hilfspakete.

4. Wir fordern einen sofortigen und massiven Zinsnachlass für Griechenland. Wirtschaftliches Wachstum ist die Voraussetzung dafür, dass die Finanzierung der Schulden nicht durch neue Kredite erfolgen muss.

5. Ein sozialer Stabilitäts- und Wachstumspakt ist unsere Antwort auf das konservative Wettbewerbsmodell. Unser Ziel eines sozialdemokratischen Europas ist eine demokratische und soziale Wohlstandsunion. Europaweite Mindestlöhne, bspw. ausgerichtet an der Höhe nationaler Durchschnittseinkommen, sowie eine Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage mit einem Mindestsatz zur Vermeidung von Steuerdumping gehören dazu.

6. Wir fordern eine vom Deutschen Bundestag und Europäischen Parlament kontrollierte Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

# Mein Standpunkt

---

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,**

wir freuen uns über das gute Abschneiden der SPD bei der Bürgerschaftswahl in Bremen und gratulieren Jens Böhrnsen zu seinem Wahlsieg. Fünf Landtagswahlen liegen in diesem Jahr hinter uns, fünf Mal ist die SPD in der Regierung. So schlecht ist die Bilanz nicht. Gerade in Hamburg und in Bremen hat die SPD gezeigt, wie sie mit einer pragmatischen Politik, die soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft als zwei Seiten der selben Medaille begreift, alle anderen Parteien deutlich hinter sich lassen kann. Das ist auch ein gutes Signal in Richtung Berlin. Denn es ist gut und wichtig, wenn Sozialdemokraten in Großstädten regieren, weil dort verlässliche und gerechtere Politik für alle Gruppen der Gesellschaft gemacht wird und die SPD kontinuierlich mehrheitsfähige Antworten erarbeiten muss.



Die Bürgerschaftswahl in Bremen zeigt aber auch ganz deutlich, dass die Krise dieser Bundesregierung nicht nur die FDP erfasst hat. In der Union ist die Debatte um die Richtungslosigkeit und die Aufgabe eigener Grundüberzeugungen durch Angela Merkel in vollem Gange. Nichts von dem, was im Wahlkampf versprochen wurde, hat heute noch Bestand. Der Koalitionsvertrag ist längst Makulatur. Die Menschen sind hochgradig unzufrieden, sie haben den Schlingerkurs der Regierung satt. Sie wollen sich nicht länger von falschen Versprechungen blenden lassen, sondern brauchen vernünftige Politik. Das ist Ansporn und Aufgabe für uns zugleich. Wir stehen in der Verantwortung, uns pragmatisch und ernsthaft auf die Regierungsverantwortung 2013 vorzubereiten.

Gleichzeitig müssen wir auch kurzfristig die scharfe Auseinandersetzung mit der Regierung suchen. Wichtige Themen stehen zur Entscheidung an, die gleichzeitig eine Zerreißprobe für Schwarz-Gelb darstellen. In der Energiepolitik muss Frau Merkel die Kehrtwende in der Atompolitik umsetzen. Der Widerwillen in ihren Reihen ist mit Händen greifbar. Wir haben gemeinsam ein schlüssiges Konzept erarbeitet, um eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung sicher zu stellen und gehen gut aufgestellt in die Debatte.

Außenpolitisch treibt die Bundeskanzlerin Deutschland immer stärker in die Isolation. Von der Europa-Partei CDU unter Helmut Kohl ist wenig geblieben, stattdessen poltert die Bundeskanzlerin gegen die südeuropäischen Staaten und bedient sich falscher Stammtischparolen. Sie müsste wissen, antieuropäischer Populismus hilft weder Griechenland noch Portugal. Wir sind eine Staatengemeinschaft mit offenen Grenzen und einer gemeinsamen Währung. Europa hat Deutschland Frieden und Wohlstand gebracht. Dieses hohe Gut müssen wir verteidigen, auch wenn wir vor großen Problemen stehen. Wir sehen in Nordeuropa, wohin es führen kann, wenn antieuropäische Ressentiments geschürt werden und rechte Parteien Politik mitgestalten können. Ein mutiger deutscher Regierungschef könnte in dieser Stunde Geschichte schreiben, indem er wie Willy Brandt, Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Gerhard Schröder Deutschlands historische Verantwortung begreift und offensiv für dieses geeinte Europa eintritt. Aber diese Regierung ist ohne Richtung, sie kreist Tag für Tag um sich selbst.

**Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB**

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

# SPD fordert neuen Krippengipfel

## Bundesregierung gefährdet durch Untätigkeit fristgerechten Kitausbau

Familienministerin Kristina Schröder schaltet beim Kitausbau weiter auf stur. Den Forderungen der Kommunen nach weiteren Finanzhilfen erteilt sie eine Absage. Damit riskiert sie, dass der Rechtsanspruch von Kindern auf einen Betreuungsplatz, der ab 2013 gilt, von den Kommunen nicht eingelöst werden kann. Hunderttausende von Kindern und Eltern werden dann weiter vergeblich auf bessere Bildung und Betreuung warten müssen.

Städte und Gemeinden fordern seit langem Nachbesserungen beim Kinderförderungsgesetz. Ihr Argument: Der tatsächliche Bedarf sei 2007, als Bund und Länder sich auf den Kitausbau verständigt haben, mit 35 Prozent unterschätzt worden. Heute wünschten deutlich mehr Eltern für ihr Kind einen Betreuungsplatz in der Kita oder bei einer Tagesmutter bzw. einem Tagesvater.

Unterstützt werden sie vom Deutschen Jugendinstitut (DJI). Institutsleiter Thomas Rauschenbach geht ebenfalls davon aus, dass der Bedarf im Bundesdurchschnitt bei über 40 Prozent liegt und damit die Annahmen, die dem Kitausbau zugrunde liegen, überholt sind. Die SPD hat das frühzeitig erkannt und fordert schon seit fast zwei Jahren eine Neuauflage des Krippengipfels. Die Kommunen haben sich dieser Forderung in der Zwischenzeit angeschlossen. Doch Familienministerin Schröder stellt sich taub.



Vor vier Jahren, auf dem ersten Krippengipfel, hatten Bund und Länder erfolgreich Eckpunkte für einen beschleunigten Kitausbau vereinbart, inklusive Rechtsanspruch und Finanzierung, und damit den Grundstein für das Kinderförderungsgesetz gelegt. „Wenn wir heute wissen, dass die Annahmen für diese Vereinbarung nicht mehr stimmen, müssen alle Verantwortlichen wieder an einen Tisch. Der Kitausbau darf nicht scheitern, nicht verzögert werden und auch nicht zum Schmalspur-Ausbau verkümmern“, erläutert Dagmar Ziegler, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundstagsfraktion, die Notwendigkeit eines zweiten Krippengipfels. Sollte der Bedarf tatsächlich höher sein als angenommen, müsse auch über eine zusätzliche Bundesfinanzspritze gesprochen werden.

Hier wären die Bundesmittel hervorragend investiert. Denn Kitas sind fast ein „Allheilmittel“. Sie bringen bessere Bildungschancen für die Kinder. Sie leisten einen Beitrag zu gelingender Integration und zur Überwindung von Kinderarmut. Und schließlich sind sie die zwingende Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nur so können junge Eltern ihre Erwerbswünsche verwirklichen. Nicht umsonst erkennen immer mehr Arbeitgeber, dass sie Fachkräfte nur gewinnen und dauerhaft an sich binden können, wenn auch die Rahmenbedingungen für Familien stimmen.

Der Krippengipfel hätte aber noch mehr zu leisten, als eine mögliche Nachjustierung von Bedarf und Finanzierung. Denn der quantitative Kitausbau darf nicht zu Lasten der Qualität gehen. Nur gute Kitas und gut ausgebildete ErzieherInnen und Tagespflegepersonen sind in der Lage, Kinder optimal zu fördern. Bund und Länder müssten deshalb endlich Eckpunkte für qualitative Verbesserungen von frühkindlicher

Bildung und Betreuung festlegen. Außerdem gehört die Frage, wie der zusätzliche Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern gedeckt werden kann, auf die Tagesordnung. Vor all diesen Herausforderungen verschließt die Bundesregierung die Augen. Familienministerin Schröder ist noch nicht mal zu einer aktuellen Bedarfsanalyse, die die Entwicklung der Elternwünsche offen legen könnte, bereit. Ob ein Kind tatsächlich ab 2013 seinen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz einlösen kann, bleibt so weiter dem Zufall überlassen. Den Kommunen droht dann eine Klagewelle von Eltern und Kindern. Denn die werden es sich zu Recht nicht gefallen lassen, dass ihr gesetzlich verbrieft Anspruch auf bessere Bildung und Betreuung der Untätigkeit der Bundesregierung zum Opfer fällt.

**Den Antrag der SPD-Fraktion  
„Neuen Krippengipfel einberufen – Ausbau der frühkindlichen Bildung und  
Betreuung voranbringen“ finden Sie unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)**

# Mindestlohn entlastet den Haushalt

Der Umfang der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland ist seit Mitte der 1990er Jahre deutlich gewachsen und liegt inzwischen über dem europäischer Nachbarländer. Immer mehr Beschäftigte arbeiten für einen Lohn, der selbst bei Vollzeitbeschäftigung keine hinreichende materielle und sozio-kulturelle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland ermöglicht. Dieser Missstand und auch die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse bedeuten auch für den Staat eine Herausforderung. In erheblichem Umfang müssen Steuergelder eingesetzt werden, um den von Niedriglöhnen Betroffenen zumindest das Existenzminimum zu gewährleisten. Darüber hinaus führen Niedriglöhne auch zu einer Erosion der Einnahmehasis der Sozialversicherungen und des Staates. Bislang gab es hierzu nur grobe Schätzungen. Nun liegt eine Studie von Prognos im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung vor, die Auswirkungen auf die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sowie Sozialversicherungen untersucht hat:

Von der Einführung einer gesetzlichen Lohnuntergrenze von 8,50 Euro würden fünf Milliarden Menschen profitieren. Die Erwerbseinkommen der privaten Haushalte würden dadurch um etwa 14,5 Milliarden Euro ansteigen. Daraus resultieren unmittelbar zusätzliche Einnahmen aus Einkommensteuer und Sozialbeiträgen in Höhe von jeweils 2,7 Milliarden Euro.

Durch höhere verfügbare Einkommen steigen aber auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte und leisten so einen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung der Binnennachfrage. Damit steigt auch das Aufkommen aus den Verbrauchssteuern um knapp 700 Millionen Euro. Zudem würden die Ausgaben für staatliche Transfers wie Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld oder Kindergeldzuschlag um 1,7 Milliarden Euro zurückgehen. Der Mindestlohn würde also auch den Staat deutlich entlasten.

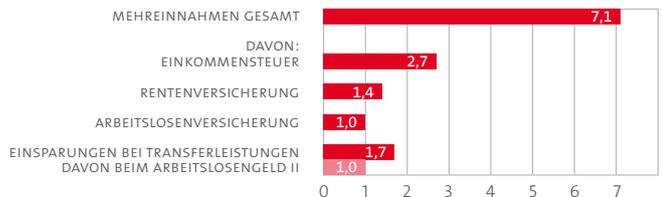
**Die vollständige FES-Studie kann hier eingesehen werden:**

[http://www.fes.de/aktuell/documents2011/110429\\_Studie\\_Mindestlohn.pdf](http://www.fes.de/aktuell/documents2011/110429_Studie_Mindestlohn.pdf)

## 7 Milliarden Euro Plus

Mehreinnahmen/Minderausgaben des Staates bzw. der Sozialversicherungen bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro

In Milliarden Euro



Quelle: Prognos-Berechnung auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) von 2009  
© DGB einblick 9/11

# Mitbestimmungsgesetze schützen

In einer öffentlichen Anhörung des Bundestages zum Antrag der Fraktion der SPD: „Demokratische Teilhabe von Belegschaften und ihrer Vertreter an unternehmerischen Entscheidungen stärken“ haben Sachverständige besorgt bestätigt, dass sich die Zahl der Unternehmen, die über so genannte Scheinauslandsgesellschaften aus der Unternehmensmitbestimmung flüchten von 2006 bis 2010 mehr als verdoppelt hat. In unserem Antrag fordern wir längst überfällige gesetzliche Regelungen, die den Schutz der deutschen Mitbestimmungsgesetze auf die Beschäftigten in den Scheinauslandsgesellschaften ausdehnt.

Gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich die Unternehmensmitbestimmung bewährt. Sie hat Arbeitsplätze, Wohlstand und den sozialen Frieden gesichert. Es wurde aber auch deutlich, dass wir außer in der Montanindustrie keine „Echte Parität“ in den Unternehmen haben. Mit dem Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden und dem fehlenden zustimmungspflichtigen Mindestkatalog in den Unternehmen wird ohne Beteiligung der Arbeitnehmer entschieden.

In der Montanindustrie, die in diesem Jahr ihren 60. Geburtstag feiert, hat sich die Mitbestimmung bewährt, gerade weil die Beschäftigten im Aufsichtsrat gleichberechtigt mit am Tisch sitzen und nicht überstimmt werden können. Wir fordern für alle Unternehmen, eine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam bestimmte „neutrale Person“ im Mitbestimmungsgesetz einzuführen. Grundsätzlich gilt: Für die Zukunft der Mitbestimmung sind die Standards der Montanmitbestimmung eine Blaupause für die unverzichtbare Beteiligung der Beschäftigten. Denn in einer wissensbasierten Industriegesellschaft ist eine „Echte Parität“ keine Bedrohung für die Unternehmen. In der globalen Wissensgesellschaft brauchen wir mehr und nicht weniger Mitbestimmung. Mitbestimmung bietet handfeste ökonomische Vorteile und ist ein Standortvorteil für deutsche Unternehmen.

## Ausgewogenes Verfassungsgerichts- urteil zur Sicherungsverwahrung

Das Urteil ist weitreichend und zugleich ausgewogen und klug. Es hat dem Gesetzgeber aufgegeben, das System der Sicherungsverwahrung insgesamt neu zu ordnen und gibt ihm dafür zwei Jahre Zeit. Das ist gut, weil wir so die Chance haben, sorgfältig ein neues, übersichtlicheres und in sich überzeugendes System zu entwickeln. Damit stehen wir nicht mehr unter dem Druck, kurzfristig auf neue Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs reagieren zu müssen.

Das Urteil enthält die klare Botschaft, dass unsere Rechtsordnung die Europäische Menschenrechtskonvention und die Rechtsprechung des Gerichtshofs achtet. Das ist ein wichtiges Zeichen. Das Urteil erkennt zugleich an, dass sich die Gesellschaft als letztes Mittel auch nach der Verbüßung der Straftat vor hochgefährlichen Straftätern wirksam schützen darf. Damit bestätigt das Verfassungsgericht die Grundlinien der Reform des Rechts der Sicherungsverwahrung vom vergangenen Herbst, die die

SPD-Fraktion mitgetragen hat. Die Beschränkung der Sicherungsverwahrung auf hochgefährliche Gewalt- und Sexualstraftäter und die Therapieunterbringung ist in dieser Reform angelegt. Wir können nun unsere Forderung durchsetzen, diese Einschränkung noch konsequenter und klarer zu fassen. Die Koalition kann sich nicht mehr daran vorbeimogeln, dass die nachträgliche Sicherungsverwahrung im Jugendstrafrecht ebenfalls reformiert werden muss. Zugleich kann nun die Therapieunterbringung gemeinsam mit den für den Vollzug verantwortlichen Ländern konkret ausgestaltet werden.

Mehrere Länder haben bereits Konzepte für die künftige Therapieunterbringung entwickelt. Es ist klar, dass neue Einrichtungen geschaffen werden müssen, die Geld kosten werden. Die dafür notwendigen Mittel werden wir aber aufbringen müssen. Dazu bedarf es einer gemeinsamen Lösung mit Bund und Ländern.

## Den Missbrauch der Marktmacht im Lebensmitteleinzelhandel bekämpfen

Seit Jahren wird der Verdrängungskampf im deutschen Lebensmittelhandel immer härter. Inzwischen konzentrieren sich 90 Prozent der Marktanteile auf die sechs größten Supermarktketten Edeka, Rewe, Aldi, Lidl (einschließlich Kaufland), Metro und Tengelmann. Dadurch hat der Lebensmitteleinzelhandel eine gefährliche Machtposition gegenüber den Zulieferern erreicht. Die Abhängigkeit der Vielzahl von Zulieferern von wenigen großen Lebensmittelhändlern führt zu einem Wettkampf mit extremem Preisdruck und zu Abnahmebedingungen, die an Erpressung grenzen können. Dies hat negative Auswirkungen für Verbraucher und Beschäftigte, die Herstellerunternehmen und mit Blick auf die Produktionsbedingungen auch für die Umwelt. Auf der Grundlage der Ergebnisse einer durch uns initiierten öffentlichen Anhörung haben wir gemeinsam mit der NGG, Oxfam und 22 weiteren Organisationen einen Antrag gegen unfaire Einkaufspraktiken und für transparente Produktionsbedingungen erarbei-

tet und vorgelegt. Darin fordern wir u. a.:

- die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle, bei der Zulieferer menschenunwürdige und unfaire Abnahmebedingungen anzeigen können. Die dort gesammelten Informationen ermöglichen ein effektiveres Vorgehen des Kartellamtes.
- die Stärkung des Kartellamtes auch mit Blick auf die Verbraucherinteressen.
- den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, um den Dumpinglöhnen in der Lebensmittelbranche entgegenwirken zu können.
- den Einsatz der Bundesregierung auf europäischer und internationaler Ebene für faire Löhne und die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards.

**Der Antrag kann unter  
[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de) aufgerufen werden.**

# Gentests an Embryonen zulassen oder verbieten?

**Drei Stunden lang debattierte der Bundestag am 14. April über die gesetzliche Regelung der Präimplantationsdiagnostik (PID). In der von großem Ernst geprägten Debatte tauschten Befürworter wie Gegner einer begrenzten Zulassung von Gentests an künstlich erzeugten Embryonen ihre ethischen und moralischen Argumente aus. Drei Gruppen von Abgeordneten hatten jeweils fraktionsübergreifende Gesetzentwürfe eingebracht. Die Forderungen reichen von einer begrenzten Zulassung bis zum vollständigen Verbot.**

Als Präimplantationsdiagnostik (PID) werden genetische Tests an Embryonen bezeichnet, die durch künstliche Befruchtung entstanden sind und zum Beispiel auf Erbkrankheiten untersucht werden, bevor sie in die Gebärmutter eingepflanzt werden.

Nach bisheriger Rechtsauffassung war die Präimplantationsdiagnostik durch das Embryonenschutzgesetz verboten. Mitte 2010 hatte der Bundesgerichtshof allerdings ein Grundsatzurteil gefällt und einen Arzt freigesprochen, der genetische Untersuchungen an Embryonen durchgeführt hatte und nur solche Embryonen in die Gebärmutter eingepflanzt hatte, die keinen Gendefekt aufwiesen. Mit seinem Urteil entschied der Bundesgerichtshof, dass die PID entgegen der bisherigen Rechtsauslegung rechtlich zulässig sein kann. Somit obliegt es dem Gesetzgeber zu entscheiden, ob für die PID ein neuer rechtlicher Rahmen geschaffen werden sollte.

## Ethische Entscheidung jedes Abgeordneten

In solchen Fragen, die mit grundsätzlichen ethischen Erwägungen verbunden und letztlich nur als individuelle Gewissensentscheidung jedes einzelnen Abgeordneten beantwortet werden können, verzichten die Fraktionen im Bundestag darauf, einheitliche Positionen der Fraktionen zu formulieren. Stattdessen haben sich auch in diesem Fall drei fraktionsübergreifend zusammengesetzte Gruppen von Abgeordneten gebildet, die ihre jeweiligen Vorschläge für eine gesetzliche Regelung zur PID als so genannte Gruppenentwürfe in den Bundestag eingebracht haben.

## Drei Gruppenanträge

Eine Gruppe plädiert für eine begrenzte Zulassung der Präimplantationsdiagnostik. Zwar soll die Un-



tersuchung grundsätzlich verboten bleiben. Allerdings soll in zwei Ausnahmen ein Gentest am Embryo vor der Einpflanzung in die Gebärmutter erlaubt sein: Wenn eine hohe Wahrscheinlichkeit auf eine Fehlgeburt oder Totgeburt besteht oder eine erst später ausbrechende Erbkrankheit sehr wahrscheinlich ist. Dabei soll auf eine Liste von konkreten Krankheitsbildern verzichtet werden. Stattdessen soll die Entscheidung im Einzelfall einer Ethikkommission überlassen werden.

Eine zweite Gruppe fordert ein vollständiges Verbot der PID. Die Gruppe der Gegner argumentiert unter anderem, dass weder der Gesetzgeber noch eine Kommission oder ein Arzt über lebenswertes oder nicht lebenswertes Leben entscheiden dürfe.

Der Vorschlag der dritten Gruppe formuliert eine Zwischenposition. Die Abgeordneten stellen auf die Lebensfähigkeit der Embryonen ab und nicht etwa auf das Vorhandensein einer schwerwiegenden Krankheit oder Behinderung. Eine Ausnahme von einem Verbot soll nur dann gelten, wenn der Embryo nicht lebensfähig ist.

Die Debatte war erst der Auftakt zu intensiven parlamentarischen Beratungen der Vorschläge. Der Bundestag hat die Gesetzentwürfe in die Ausschüsse überwiesen, wo sie unter anderem im Rahmen einer Anhörung mit Fachleuten erörtert werden sollen. 178 der 620 Abgeordneten haben sich noch nicht auf eine Position festgelegt.

# SPD-Fraktion erarbeitet Modernisierungskonzepte

Im Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen arbeitet die SPD-Bundestagsfraktion an Konzepten zur Modernisierung Deutschlands. Sie entwickelt die Antworten auf zentrale Zukunftsfragen und bereitet sich auf die Übernahme der Regierungsverantwortung vor.

Die schwarz-gelbe Koalition und Kanzlerin Merkel können den Glaubwürdigkeits-, Vertrauens- und Autoritätsverlust der amtierenden Regierung nicht stoppen. Die Mehrheit der Menschen wünscht sich politische Vernunft und Verlässlichkeit.

„Das Land braucht wieder eine seriöse Regierung,“ beschreibt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier die Aufgabe der SPD-Bundestagsfraktion. „Wir müssen jetzt mit aller Leidenschaft für die Sache bessere Antworten auf die herausragenden Probleme geben. Besser heißt: stetig im Kurs, nah an der Realität, tauglich für die Praxis und gerade deshalb vertrauenswürdig.“

## Ambitioniertes Arbeitsprogramm

Mit dem Arbeitsprogramm vom Januar 2011 hat sich die SPD-Bundestagsfraktion bei ihrer Klausursitzung vorgenommen, ein Politikkonzept zu entwickeln, das den Weg unseres Landes bis zum Ende dieses Jahrzehnts beschreibt. „Uns leitet die Idee der Emanzipation des Menschen durch Bildung und Arbeit.“ So hat es die Fraktion auf der Klausur in Magdeburg formuliert und im Arbeitsprogramm dafür die Richtung gewiesen: Unser Land darf unter völlig veränderten demografischen Bedingungen nicht auseinander fallen und zur Transfergesellschaft werden. Wir wollen die Spaltung verhindern und die Mitte stärken. Deutschland soll eine Arbeits-

gesellschaft von neuer Qualität werden. Erstmals seit Jahrzehnten haben wir die historische Chance, Vollbeschäftigung zu erreichen. Das ist unser Ziel: Arbeitslosigkeit nicht nur zu bekämpfen, sondern zu besiegen.

## Das Projekt Zukunft gestalten

Mit der Einrichtung von sieben Projektgruppen hat die SPD-Bundestagsfraktion einen entscheidenden Schritt zur Umsetzung ihres ambitionierten Arbeitsprogramms gemacht. Die Projektgruppen werden in den kommenden Monaten zentrale Modernisierungsfragen bearbeiten und im intensiven Austausch mit wichtigen Gruppen in der Gesellschaft neue Antworten auf drängende Zukunftsaufgaben entwickeln. Ziel sei es, „Ideen für ein Land zu bündeln, in dem wir nachhaltig wirtschaften, anders arbeiten und besser leben“, so SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Gemeinsam mit Engagierten und Interessierten in der Gesellschaft wolle die SPD-Fraktion das „Projekt Zukunft“ gestalten.

Jedes Projektthema ist eine Querschnittsaufgabe, die mehr als einen Arbeitsbereich umfasst. „Genau dieser Blick über den Gartenzaun und dieses Zusammenführen von Kompetenzen muss unsere Methode sein,“ stellt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier klar. „Wir werden die Menschen überzeugen – mit einem ansprechenden, weil visionären, mit einem glaubwürdigen, weil realistischen, mit einem zukunftsfähigen, weil nachhaltigen, mit einem richtungsweisenden, weil werteorientierten Programm.“

## Das „Projekt Zukunft“ im Überblick



### Projekt „Infrastrukturkonsens“

In der Projektgruppe „Infrastrukturkonsens“ erarbeiten Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Garrelt Duin und Matthias Miersch federführend ein Investitions- und Infrastrukturkonzept zur Modernisierung der Netze in den Bereichen Verkehr, Energie, Kommunikation und Gebäudebestand. Sie beschäftigen sich unter anderem mit der Frage, welche Investitionen für die wirtschaftliche und ökologische Modernisierung notwendig sind. Sie suchen aber auch nach neuen Lösungen der Bürgerbeteiligung, um Legitimität und Akzeptanz von Infrastrukturprojekten zu erhöhen.



**Projekt „Ordnung für Arbeit / Kreativpakt“**

Das Projekt „Ordnung für Arbeit / Kreativpakt“ vereint unter Leitung von Anette Kramme, Siegmund Ehrmann und Lars Klingbeil zwei Teilprojekte. Die Projektgruppe entwickelt ein Konzept für eine neue Ordnung für Arbeit, um unsichere Beschäftigung einzudämmen, die Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit aufzubrechen und die Fachkräftebasis zu sichern. Außerdem erarbeitet sie ein Konzept für einen Kreativpakt, der unter anderem die Frage beantworten soll, wie die Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft für Wachstum und Beschäftigung gefördert werden können. Dazu gehören beispielsweise auch Fragen des Urheberrechts, der sozialen Sicherung und der Netzpolitik.



**Projekt „Steuer- und Finanzierungskonzept“**

Die von Carsten Schneider und Nicolette Kressl geleitete Gruppe erarbeitet ein Steuer- und Finanzierungskonzept. Sie lässt sich dabei von der Frage leiten, wie ein neuer Lastenausgleich gestaltet werden muss, um die Staatsfinanzen zu konsolidieren, staatliche Handlungsfähigkeit zu bewahren, Zukunftsaufgaben zu finanzieren sowie untere und mittlere Einkommen zu entlasten.



**Projekt „Ganztagsschule“**

Die Projektgruppe von Ernst-Dieter Rossmann erarbeitet einen Plan zum quantitativen Ausbau der Ganztagschulen sowie ein qualitatives Konzept für die „Ganztagsschule als sozialer Ort“. Ziel ist es, bis 2020 jedem Kind einen Platz in einer guten Ganztagschule anzubieten. In diesem Zusammenhang soll auch die Frage beantwortet werden, wodurch sich die gute Ganztagschule der Zukunft auszeichnet und wie sich Schule zu einem gesellschaftlichen Ort weiter entwickeln lässt.



**Projekt „Integration“**

In der Projektgruppe „Integration“ soll das von der SPD-Bundestagsfraktion im Januar beschlossene Integrationskonzept diskutiert und weiterentwickelt werden. Aydan Özoguz führt dazu den Dialog mit Migrantinnen und Migranten sowie weiteren wichtigen gesellschaftlichen Gruppen.

**Projekt „Gleichstellung“**

Christel Humme und Caren Marks leiten das Projekt zur Gleichstellungspolitik. Ziel ist es, die bereits erarbeiteten Konzepte zur Lohngleichheit von Frauen und Männern im Beruf sowie zur Quotierung von Führungspositionen im Gespräch mit Frauen, Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden und anderen Gruppen zu konkretisieren und weiterzuentwickeln. Darüber hinaus beschäftigt sich das Projekt mit der Frage, welche weiteren Maßnahmen und Instrumente erforderlich sind, um Gleichstellung und mehr Partnerschaftlichkeit zu erreichen.



**Projekt „Generationenpolitik“**

Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Franz Müntefering entwerfen ein politikfeldübergreifendes Konzept für eine sozialdemokratische Lebenslauf- und Generationenpolitik. Im Zentrum steht die Frage, wie Institutionen, Strukturen und Rahmenbedingungen angesichts des demografischen Wandels verändert werden müssen. Dabei geht es auch darum, wie junge Menschen besser unterstützt, die mittleren Jahrgänge entlastet und die aktive Teilhabe Älterer gefördert werden können.



# Energiewende – jetzt doch oder trickst die schwarz-gelbe-Koalition weiter?

**Die rot-grüne Koalition hatte die Atomfrage beantwortet, die Energiewende eingeleitet und alle Zeichen standen auf Investitionen in Erneuerbare Energien (EE). Genau das will die schwarz-gelbe-Koalition nun auch – sagt sie. Getan hat sie aber bisher genau das Gegenteil: erst die Laufzeitverlängerung, dann doch ein Atomausstieg, aber mit Revisionsklausel, die Förderungen für EE zusammen gestrichen und die Mieterrechte bei energetischer Sanierung gekürzt. Die Verunsicherung über den Schlingerkurs der Koalition verschlechtert auch das Investitionsklima für Unternehmen und Privathaushalte.**

Der atomare Gau in Japan hat drei Fakten aufgezeigt: Das Restrisiko der Atomenergie ist nicht beherrschbar. Der Schaden eines GAU (Größter anzunehmender Unfall) ist weder behebbar noch bezahlbar und die Verantwortlichen rücken nicht mit der Wahrheit raus.

Schwarz-Gelb hat keine klare Orientierung. Die Laufzeitverlängerung war ein Fehler. Will die Koalition nun wieder zurück zum Ausstiegsbeschluss oder will sie den Kern der Laufzeitverlängerung nur über diese Wochen retten?

## Die Energiewende voran treiben

Die SPD-Fraktion hat ein umfangreiches Energieprogramm beschlossen und als Gesprächsangebot für einen Energiekonsens in den Bundestag eingebracht. Unser Ziel war, in einem Sonderausschuss die Kernentscheidungen für eine Energiewende zu verabschieden und damit sicher zu stellen, dass dieser Pfad zur Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien auch über Wahltermine hinaus Bestand hat.

## Zweifel an schwarz-gelber Doppelstrategie

Die Koalition hat diese offene Hand ausgeschlagen und einen Sonderausschuss abgelehnt. Gleichzeitig will sie aber im Juni in einem abgekürzten Verfahren acht Gesetze zur Energiewende durch Bundestag und Bundesrat bringen. Von der Opposition hat sie eine Zustimmung zu diesem verkürzten Verfahren erbeten.

Wie ist diese Doppelstrategie zu bewerten? Die Koalition will auf keinen Fall nochmals vom Bundestagspräsidenten wie seinerzeit beim übereilten Beschluss zur Laufzeitverlängerung auf offener Bühne geohrfeigt werden. Das Moratorium für die ältesten Atomkraftwerke läuft aber zum 15. Juni aus. Im regulären Verfahren könnte eine Atomgesetznovelle erst im Herbst abgeschlossen werden. Dieses Gesetz muss also schnell kommen. Und wenn die Laufzeitverlängerung tatsächlich gekippt wird, dann muss natürlich auch der Energie- und Klimafonds geändert werden. Denn der Beitrag der vier großen Energie-

konzerne war nach dem Öffentlich-Rechtlichen-Vertrag die vorgeschriebene Gegenleistung zur verlängerten Laufzeit für AKW.

## Abschaltspflicht wird rechtlich geprüft

In der Atomgesetznovelle wird der Zeitpunkt für die Abschaltung der Kraftwerke zu regeln sein. Inzwischen sind diese Anlagen mindestens 22 Jahre alt, das älteste sogar 36 Jahre. Diese Anlagen sind allesamt längst abgeschrieben und haben somit einen Buchwert von Null – abgesehen von den Sicherheitsinvestitionen und Renovierungen. Somit wäre eine gesetzlich vorgegebene Abschaltspflicht wegen der bestehenden Sicherheitsbedenken auch ein vertretbarer Eingriff in das Eigentumsrecht der Betreiber. Diese Rechtsauffassung wird gegenwärtig vorgetragen und bleibt zu prüfen. Wenn das allgemeine Rechtsauffassung wird, dann ist ein schneller Atomausstieg möglich und braucht auch keinen analogen Vertrag wie seinerzeit von Rot-Grün herbeigeführt.

## SPD-Fraktion bietet Regierung Kooperation an

Bleibt die Frage, warum das Energiewirtschaftsgesetz mit dem Netzausbau, die EEG-Novelle, das Baugesetzbuch, das KWK-Gesetz (Kraft-Wärme-Kopplung), die Energieeinsparverordnung und die Gebäuderichtlinie im gleichen engen Zeitplan umgesetzt werden müssen. Unsere Antwort ist: Wenn die Inhalte stimmen, dann geht das schon in Ordnung.

Unsere Vorbedingungen sind in dem Energieprogramm festgelegt: Wir wollen eine klimaverträgliche, versorgungssichere und bezahlbare Energieversorgung, wir wollen raus aus der Atomkraft und bis zur Abschaltung des letzten muss dessen Sicherheit über jeden Zweifel erhaben sein. Die zu beschließenden Gesetze müssen diesen Zielen entsprechen. Konkrete Weichenstellungen müssen jetzt erfolgen.

## Laufzeitverlängerung zurücknehmen

Die Rücknahme der Laufzeitverlängerung ist eine grundsätzliche Vorbedingung zum Energiekonsens. Wenn AKW länger laufen sollten, dann werden wei-

terhin Investitionen in eine neue Energieversorgung blockiert und das bedeutet, die Energiewende wird nicht funktionieren. Also unabhängig von der fehlenden Sicherheit gibt es die Energiewende nur mit einer offenen Wettbewerbsstruktur und nicht mit einem betonierten Versorgungsoligopol.

Die Versorgung muss in jeder Phase des Umbaus gesichert sein. Da können wir zuversichtlich sein, denn die Spitzenlast in Deutschland ist doppelt unterlegt. Dem größten Verbrauch von 75 bis 80 Giga Watt (GW) steht eine Erzeugungskapazität von 154 GW gegenüber (Quelle: BDEW). Selbst wenn die 23 Prozent Atomenergie vom Netz gehen, würde es reichen. Es gibt nur zwei Probleme: Der Überschuss zur Energieversorgung kommt aus Kraftwerken, die wir eigentlich nicht mehr im Betrieb haben wollen, da sie sehr ineffizient sind und überdurchschnittlich viel CO<sub>2</sub> ausstoßen. Hinzu kommt, dass die AKW in den Netzzentren liegen und der Strom aus den Erneuerbaren Energien wegen der noch fehlenden Übertragungsleitungen nicht zu diesen Zentren kommt. Es muss also rasch gehandelt werden.

**Energie muss bezahlbar bleiben**

Für uns muss auch vordringlich geklärt sein, dass die Energieversorgung bezahlbar bleibt. Volkswirtschaftlich ist jede Kilowattstunde aus heimischer Erzeugung gegenüber der importierten Primärenergie ein Gewinn. Auch mittelfristig ergibt sich eine preisdämpfende Wirkung, da die heimische Energieversorgung in der Regel nur die Investitionskosten in den Anlagenbau refinanzieren muss. Bei Wind, Solar (thermisch und elektrisch) sowie bei Geothermie

gibt es keine Primärenergiekosten. Bei Biomasse (Gas und Kraftstoff) wollen wir politisch die Preise unter denen der Lebensmittel halten. Daraus folgt, dass für die kurzfristige Preisentwicklung der Erneuerbaren Energien die Förderstruktur und die Abschreibung der Anlagen mit Augenmaß reguliert werden muss.

Für die Preisbildung ist eine funktionierende Wettbewerbslandschaft maßgeblich. Wenn man den Energiemarkt mit anderen netzgebundenen Märkten (z.B. Telekommunikation) vergleicht, dann wird klar, dass der Energiemarkt noch sehr weit von einem funktionierenden Markt entfernt ist. Im Energiewirtschaftsgesetz und in der Regulierung des Marktes müssen deutlich mehr wettbewerbsfördernde Elemente geschaffen werden.

Der dritte Eckpunkt unserer zukünftigen Energieversorgung – die Klimaverträglichkeit – ist das eigentliche Ziel der Energiewende. Unsere Verantwortung für die Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels (siehe Seite 12) und die Systemführung in den relevanten Umwelttechnologien ist unsere Motivation. Es ist aber auch Beschlusslage der Europäischen Union: Bis 2050 soll Europa ein klimaneutraler Wirtschaftsraum werden.

Der Juni steht daher im Zeichen der umfassenden Energiedebatte. Maßgeblich für unsere Ziele ist auch die Akzeptanz für die Maßnahmen in der Bevölkerung. Ohne eine breite Zustimmung zur Energiewende wird dieses Projekt nicht gelingen. Die Entscheidungen müssen transparent in ihren Zielen und Wirkungen sein. Aufklärung tut not, wir sehen das auch als unsere Pflicht an.

**Errechnete Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke**



Quelle: Bundesamt für Strahlenschutz, Bundesumweltministerium

## CCS – kein zentraler Klimaschutzbeitrag

Am 12. Mai wurde der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (CCS) im Bundestag diskutiert. In der Großen Koalition ist eine gesetzliche Regelung zur Umsetzung einer EU-Richtlinie aus wahltaktischen Gründen an der Union gescheitert.

Die SPD-Bundestagsfraktion stellt in der aktuellen Debatte klar, dass CCS kein entscheidender Bestandteil einer Klimaschutzstrategie werden soll. Das deutsche Ziel, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren soll ohne CCS erfolgen. Denn eine bislang unerprobte Technologie kann noch gar nicht eingeplant werden. Es ist zwar vorstellbar, wenn durch andere Instrumente das Minderungsziel nicht erreicht werden kann, dass CCS für industrielle Prozesse benötigt wird. Von daher ist es aus sozialdemokratischer Sicht durchaus richtig, in Forschung, Entwicklung und einige Demonstrationsprojekt ein-

zusteigen. Wesentlich ist dabei vor allem, der Frage nach zu gehen, wie abgeschiedenes CO<sub>2</sub> wiederverwendet werden kann. Die Verpressung und Speicherung dürfen dabei nicht im Fokus stehen.

Für die SPD steht fest, dass es für die Demonstrationsanlagen höchstmögliche Sicherheits- und Umweltstandards gelten müssen. Zudem sind Transparenz, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, klare haftungsrechtliche Regelungen und Regelungen bezüglich der Nachsorgebeträge ein zentrales Anliegen der SPD. Des Weiteren kritisieren die Sozialdemokraten, dass die Bundesregierung es den Ländern überlässt, ob sie bei sich CCS zulassen oder nicht. Damit dokumentiert die schwarz-gelbe Koalition, dass sie nicht in der Lage ist, selbst eine klare Regelung zu treffen. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass der Gesetzentwurf der Regierung über die Regelung der Erprobungsphase hinaus geht und bereits den großtechnischen Einsatz der CCS-Technologie regelt.

## Vorbild Europa für weltweite Klimaschutzziele

Seit 2008 verfügt die EU über eine integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie. Eines ihrer Kernziele ist bislang die Verringerung des Treibhausgasausstoßes bis 2020 um 20 Prozent im Vergleich zu 1990.

Die Beschlüsse von der Klimaschutzkonferenz der Vereinten Nationen(VN) im Dezember 2010 in Cancún sind ein erster Schritt hin zu einer internationalen Klimaschutzarchitektur. Zum ersten Mal hat sich die internationale Staatengemeinschaft auf die Zwei-Grad-Obergrenze geeinigt. Dies bedeutet, dass das Klima bis 2020 nicht um mehr als zwei Grad Celsius ansteigen darf. Damit dieses auch erreicht werden kann, müssen die Industrieländer ihre bisherigen Klimaschutzziele nachbessern. Dies hat im Durchschnitt eine Minderung der Treibhausgasemissionen von 25 bis 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 zur Folge. So wurde es auf der Klimakonferenz in Cancún, wenn auch nicht völkerrechtlich verpflichtend, beschlossen. Auch das Europäische Parlament hat bereits für ein 30-Prozentziel in der EU votiert.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb in einem Antrag, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einsetzt, dass die EU ihre einzusparenden Treibhausgasemissionen von 20 auf 30 Prozent anhebt, ohne dieses Ziel von dem Verhalten anderer Staaten abhängig zu machen.

Außerdem ist aus Sicht der SPD-Fraktion eine Verschärfung des europäischen Klimaschutzziels wichtig für den europäischen Emissionshandel. Zudem gilt, wenn in Europa nicht durch eine ambitionierte Klimapolitik Innovationen und neue Technologien gefördert werden, ist die Gefahr groß, dass Europa die Technologieführerschaft und somit Arbeitsplätze verlieren wird. Zudem würde das 30-Prozentziel auch zu einer ausgewogenen Lastenteilung bei der Senkung der Treibhausgasemissionen zwischen den Mitgliedstaaten der EU führen.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung verspielt wichtige Chancen, denn sie verbindet eine solche Zielsetzung nach wie vor mit der Bedingung, dass ein internationales Klimaabkommen zustande kommt.

## Schwarz-gelbes Versagen in der maritimen Politik

**Schifffahrt und maritime Wirtschaft gehören zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen in unserem Land und haben wesentlich zu Deutschlands Position im Exportbereich beigetragen. Rund 400.000 Menschen sind in der Branche beschäftigt. Doch auch die maritime Wirtschaft hat die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu spüren bekommen. Denn sie steht wie kaum ein anderer Sektor im globalen Wettbewerb. Doch die Bundesregierung und vor allem der nationale Koordinator für die Maritime Wirtschaft sind tatenlos. Dies ist die Kritik von Banken, Reedereien und Gewerkschaften an der maritimen Politik der schwarz-gelben Bundesregierung. Union und FDP nutzen die Zukunftschancen der Branche nicht, egal ob es um Finanzmittel, Infrastrukturpolitik oder das Zusammenwirken mit den Sozialpartnern geht.**

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat kein zukunftsfähiges Konzept für diese Schlüsselbranche. Sie kappt die Förderung für die Seeschifffahrt, stellt das erfolgreiche „Maritime Bündnis für Ausbildung und Beschäftigung“ infrage und gefährdet den Warentransport von und zu den Seehäfen, indem sie wichtige Wasserstraßen herabstufen oder gleich ganz stilllegen will. Investitionen im Schiffbau werden in Gefahr gebracht, Nachfolgeaufträge fehlen – das Innovationspotenzial unserer Werftenbranche wird nicht genutzt; schlimmer noch: Know-how droht abzuwandern. Diese Politik gefährdet Arbeitsplätze. Ein Zukunftskonzept für den maritimen Standort sieht anders aus.

Die SPD zeigt neue Wege auf, um das im Land entwickelte Know-how zu sichern und auszubauen: Rechtzeitig Nachwuchs für die Unternehmen zu gewinnen und langfristig zu binden ist ebenso wichtig wie mehr Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation, neue Modelle der Schiffsfinanzierung und bessere Wettbewerbschancen durch Netzwerke. Im Dialog mit Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften gilt es, Förderkonzepte zu entwickeln, mit denen wir eine nachhaltige Dynamik des maritimen Clusters erreichen.

Im Vorfeld der 7. Nationalen Maritimen Konferenz in Wilhelmshaven hat die SPD Anforderungen an eine zukunftsfähige maritime Politik formuliert. Notwendig ist ein klarer strukturpolitischer Ansatz, der die verschiedenen Aufgabenfelder wie Finanzierung, Ordnungspolitik und Infrastrukturpolitik, Umweltschutz sowie Forschung und Entwicklung miteinander verbindet. Unser Ziel ist es, eine Exzellenz-Strategie zu entwickeln und das vorhandene Potenzial auf allen Ebenen gezielt zu fördern. Im Sinne einer Weiterentwicklung des maritimen Clusters ist die Entwicklung strategischer Ziele vonnöten. Sie sind der Schlüssel für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Branche.

Die Bundesregierung muss handeln und das Maritime Bündnis wiederbeleben; das Offshore-Potenzial muss besser genutzt werden, auch in Hinblick auf die riesige Nachfrage im Ausland. Auch gilt es, das Offshore-Programm für den Schiffbau zu öffnen und die gut funktionierende Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes mit ihren fachkundigen Beschäftigten vor Ort zu erhalten. Der maritime Sektor muss ein Kernthema der Förder- und Forschungspolitik des Bundes werden. Das heißt auch: Förderprogramme stärker verzahnen und Leuchtturmprojekte voranbringen, die den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft unterstützen.

Die maritime Branche hat das Potenzial zum Innovationsmotor für die deutsche Wirtschaft. Das müssen wir nutzen und die Segel setzen für die Zukunft. Unsere Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung zu schaffen, Innovationen anzustoßen und strukturelle Verbesserungen zu fördern, um die Spitzenstellung der maritimen Branche im internationalen Vergleich dauerhaft zu sichern und auszubauen. Das sichert Wachstum und schafft innovative Arbeitsplätze – im Interesse der gesamten Wirtschaft in unserem Land.



## Den Straßenverkehr sicherer machen

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für Fortschritt, Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung. Integrierte Verkehrspolitik zielt darauf ab, diese Mobilität so sicher, umweltfreundlich und sozial gerecht wie möglich zu gestalten. Dabei muss die Verkehrssicherheit eine hohe Priorität haben. Sie muss finanziell abgesichert sein und den aktuellen gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen Rechnung tragen. Ehrenamtliche Arbeit in diesem Bereich muss öffentlich anerkannt und unterstützt werden.



In ihrem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Regierung auf, die Verkehrssicherheit durch eine Reihe von Maßnahmen zu stärken. Die Öffentlichkeitsarbeit für Verkehrsregeln soll vor allem in Kindergärten und Schulen intensiviert werden. Alkoholmissbrauch im Straßenverkehr muss weiter reduziert werden. Moderne Technologien zur Unfallvermeidung sind zu fördern. Die Wirksamkeit straßenverkehrsrechtlicher Maßnahmen soll durch eine erhöhte Kontrolldichte sicher gestellt werden. Gemeinsam mit Ländern und Gemeinden soll ein komplettes Radwegenetz sowie ein hindernisfreies und altengerechtes Wegenetz in Ortschaften geschaffen werden. Auch ist die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung für Fahranfängerinnen und Fahranfänger zu prüfen. Zudem bedarf die Fahrlehrer- und Fahrlehrerinnenausbildung einer Modernisierung. Die finanzielle Unterstützung der Verkehrssicherheitsarbeit, besonders des Deutschen Verkehrssicherheitsrats (DVR) und der Deutschen Verkehrswacht (DVW), soll mindestens auf dem bisherigen Niveau fortgeführt werden.

## SPD fordert neuen Infrastrukturkonsens

Mobilität ist eine Grundlage von gesellschaftlicher Teilhabe und ermöglicht den Zugang zu Bildungs- und Freizeitangeboten sowie für wirtschaftlichem Wachstum. Die Kehrseite der Mobilität ist der Verkehrslärm. Für Millionen von Menschen stellt er eine alltägliche Belastung dar, die in den nächsten Jahren noch zunehmen wird. Doch die Menschen sind immer weniger bereit, die mit den Mobilitätsbedürfnissen einhergehenden negativen Folgen zu akzeptieren.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher in einem Antrag einen neuen Infrastrukturkonsens im Verkehrssektor, der einen verlässlichen und akzeptablen Schutz der betroffenen Bevölkerung vor Lärm sicherstellt. Die Bundesregierung soll u. a. ein wirksames Lärmschutzgesetz entwickeln, das die Lärmschutzvorschriften des Bundes harmonisiert. Außerdem soll das unter Bundesverkehrsminister Tiefensee 2009 erarbeitete nationale Verkehrslärmschutzpaket II zügig umgesetzt werden.

Zur Unterstützung einer raschen Einführung lärmreduzierter Verkehrsträger sind wettbewerbliche Anreize sowohl für die Schiene als auch für die Straße erforderlich. Grundlage soll das Verursacherprinzip sein. Darüber hinaus ist eine Informationskampagne notwendig, um die Bekämpfung des Verkehrslärms als gesellschaftliche Aufgabe zu verankern.

Die Lärmsanierungsmittel für den Schienenverkehr sollen erhöht und verstetigt werden. Im Straßenverkehrsbereich ist es wichtig, u. a. durch den gezielten Ausbau der Elektromobilität Verkehrslärm zu reduzieren. Die Ausgaben des Bundes für Lärmschutz an den Bundesfernstraßen müssen an den Bedarf angepasst und die Lärmschutzmaßnahmen auf ihre Effektivität geprüft werden. Im Bereich der Bundesfernstraßen muss bei der Festlegung der Höhe der Lkw-Maut der Faktor der Lärmbelastung ausreichend berücksichtigt werden.

## Potenziale des Alters stärken

2050 wird jeder Dritte in Deutschland älter als 60 Jahre sein. Dieser Prozess muss gemeinsam mit den älteren Menschen gestaltet werden. Die Erfahrungen und Fähigkeiten der Älteren tragen erheblich zur Stärkung der Demokratie, zur Solidarität zwischen den Generationen, zur gesellschaftlichen Innovation und zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts bei.

Die demografische Entwicklung muss deshalb als Chance begriffen werden, die Potenziale Älterer sowohl für den Zusammenhalt der Gesellschaft als auch zur Steigerung der Lebensqualität von älteren Menschen zu nutzen. Wichtige Aspekte sind das bürgerschaftliche Engagement Älterer, eine wirksame Antidiskriminierungspolitik sowie die Bildung im Lebensverlauf und im höheren Erwachsenenalter.

In ihrem Antrag fordert die SPD-Fraktion deshalb die Bundesregierung auf, die generationsübergreifenden Freiwilligendienste sowie die Infrastruktur für das Engagement Älterer weiter auszubauen. Altersgrenzen beim bürgerschaft-

lichen Engagement und bei Bildungsmaßnahmen müssen überprüft werden. Altersdiskriminierung soll wirksam bekämpft werden; vor allem durch die Antidiskriminierungsstelle. Bereits heute betrifft ein Viertel aller Anfragen an die Stelle Altersdiskriminierung. Im Europäischen Rat soll die Regierung sich für die Umsetzung des Richtlinienvorschlages zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung einsetzen, der auch das Alter einschließt.

Das Ziel des lebenslangen Lernens muss durch einen nationalen Pakt für die Erwachsenenbildung vorangebracht werden. Vor allem die Bedürfnisse von sozial Schwächeren, Geringqualifizierten, Migrantinnen und Migranten, Behinderten sowie Älteren in ländlichen Regionen sollen dabei beachtet werden.



## Anerkennung der Staatlichkeit Palästinas

Nach dem Abbruch der direkten Friedensverhandlungen im September 2009 ist eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts wieder einmal gescheitert. Die Palästinenser versuchen nun andere Wege zu gehen.

2009 kündigte der palästinensische Premierminister Fayyad einen unilateralen Plan zur Schaffung eines Palästinenserstaates an. Inzwischen sind deutliche Erfolge beim Aufbau staatlicher Institutionen und der wirtschaftlichen Infrastruktur zu verzeichnen. Weltbank und Internationaler Währungsfonds bescheinigen den Palästinensischen Behörden (PA) eine gute Ausgangsposition für die Errichtung eines Staates „in der nahen Zukunft“. Präsident Abbas hat nun erklärt, dass sich seine Behörde im September an die Vereinten Nationen wenden will, um eine Anerkennung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 zu erreichen.

Derzeit sollen mehr als 130 Staaten bereit sein, die Staatlichkeit Palästinas anzuerkennen. Bisher hat die israelische Regierung zwar ihren Willen zu einem Friedensabkommen betont, ihre weltweit kritisierte Siedlungspolitik, die ein Haupthindernis dafür ist, setzt sie jedoch ungebrochen fort. Sollte die PA im Herbst dieses Jahres in der Generalversammlung eine Zweidrittelmehrheit erreichen, würde das die Konfliktsituation zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten erheblich verändern.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Kleine Anfrage dazu eingereicht, um die Haltung der Bundesregierung zur Absicht der Palästinenser, zur Einschätzung der Position Israels, zur Abstimmung innerhalb der EU, zu den Erfolgsaussichten und den politischen Folgen eines solchen Vorgehens durch die PA in Erfahrung zu bringen. Der Text der kleinen Anfrage kann unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de) aufgerufen werden.

## Verschiedenes

---



Am 12. April 2011 hat die SPD-Bundestagsfraktion Christine Lambrecht zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Olaf Scholz an, der als Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg gewählt wurde. Christine Lambrecht ist zuständig für die Bereiche Inneres, Recht, Sport, Kultur und Medien sowie für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. Die 45-jährige Abgeordnete aus der südhessischen Bergstraße ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages. Zuletzt war die Juristin Sprecherin der Arbeitsgruppe Recht und zuvor Sprecherin der Arbeitsgruppe Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.



Der Abgeordnete Burkhard Lischka tritt die Nachfolge von Christine Lambrecht als Sprecher der Arbeitsgruppe Recht an. Der 46-jährige Jurist ist 2009 über die Landesliste für Sachsen-Anhalt in den Bundestag gewählt worden. Zuvor war Lischka seit 2006 Staatssekretär im Justizministerium Sachsen-Anhalt.

## Organspende: Richtig. Wichtig. Lebenswichtig.

Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, sich an den Informationsständen oder bei Veranstaltungen der SPD-Bundestagsabgeordneten rund um den Tag der Organspende zu informieren, nachzufragen und mitzudiskutieren. Unser Fraktionsvorsitzender wird am 4. Juni auf der Veranstaltung der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) in Frankfurt am Main sprechen. Am 8. und 29. Juni 2011 wird auch der Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages dazu zwei öffentliche Anhörungen durchführen. Noch vor der Sommerpause ist geplant, dass drei fraktionsübergreifende Gruppenanträge im Parlament diskutiert werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat unter dem Titel „Organspende – Entscheidung für das Leben“ ein 12seitiges Faltblatt veröffentlicht.

---

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern\*** erscheint am 20. Juni 2011  
Informationen gibt es auch unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

---

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** SPD-Bundestagsfraktion

**Verantwortlich:** Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

**Redaktion:** Anja Linnekugel

**Texte:** Rosina Baumgartner, Marion Binder, Wolfgang Erhardt, Stephan Bull, Eckhard Fischer, Stefan Hintermeier, Ira Kriesche, Anja Linnekugel, Nicole Maschler, Wolfgang L. Müller, Michael Roth, Till Rothfuß, Maja Winter

**Illustrationen und Fotos:** Bilderbox (S. 12, 15), Picture-Alliance/dpa (S. 4, 7, 14), Susanne Voorwinden (S. 5 auf Basis der Grafik im einblick 9/2011), Klaus Vhynalek (Titel)

### Redaktionsanschrift:

SPD-Bundestagsfraktion

- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 530 48    Telefax: 030 / 227-568 00

E-Mail: [redaktion@spdfraktion.de](mailto:redaktion@spdfraktion.de)    Internet: [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

**Grafik und Layout:** S. Voorwinden

**Druck:** Braunschweig-Druck

**Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:**

Telefon: 030 / 227-571 33    Telefax: 030 / 227-568 00

**E-mail:** [oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de) oder direkt im Internet